

# „Entscheidung für Bezirksvertretung und Rat keine Blaupause“

Bürgerinitiative „Gegenwind Hagen“ um Markos Piesche nimmt Beschluss aus Nachrodt-Wiblingwerde zur Kenntnis

Von Volker Bremshey

**Hohenlimburg.** Die Entscheidung des Rates der Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde, den Bau von zwei weiteren Windenergieanlagen an der Stadtgrenze zu Hohenlimburg abzulehnen (diese Zeitung berichtete), hat die Bürgerinitiative „Gegenwind Hagen“ mit großem Interesse zu Kenntnis genommen. Markos Piesche, Vorsitzender der Initiative, hat als aufmerksamer Beobachter an Ratssitzung teilgenommen. „Eine Blaupause, die ‚eins zu eins‘ von der Hohenlimburger Bezirksvertretung oder vom Hagener Rat übernommen werden kann, ist diese Ent-

scheidung nicht“, betonte Piesche im Gespräch mit dieser Zeitung. „Aber, sie kann ein Anfang sein.“ Der Hohenlimburger geht davon aus, dass die Betreiber-gesellschaft „Naturstrom Vesperde“ nun Klage gegen die Entscheidung der Nachrodt-Wiblingwerder Kommunalpolitiker einreichen wird. „Eine Entscheidung könnte auch für Hagen von Bedeutung sein.“

Ein Grund für die Ablehnung der Nachbargemeinde ist für den Vorsitzenden der Bürgerinitiative der Gegenwind aus der Bürgerschaft. „Ausschlaggebend dafür war auch



Markos Piesche.  
FOTO: BREMSHEY

die Informationsveranstaltung eine Woche vor der Ratsentscheidung im Schlosshotel Holzrichter. „Dabei wurde deutlich, wie die Meinung der Bürger ist. Deutlich wurde aber auch, dass der Hotelbetrieb durch den Bau weiterer Anlagen in Mitleidenschaft gezogen wird.“

## Drucksache mit Spannung erwartet

Mit Spannung erwartet der Vorsitzende jetzt die Beratungsdrucksache der Hagener Verwaltung zu möglichen Windvorrangzonen in Hohenlimburg. Die Drucksache ist für die Sitzung der Bezirksvertre-

terung am Mittwoch, 2. März, ab 16 Uhr im Hohenlimburger Rathaus angekündigt.

Diese werde der Vorstand und sicherlich zahlreiche Mitglieder mit Interesse verfolgen. Zuletzt habe sich die Initiative bewusst in der Öffentlichkeit zurückgehalten, um Verwaltung und Politik nicht unter Druck zu setzen.

Gleichwohl habe man zielgerichtet und intensiv weitergearbeitet. „Wir haben uns mehrfach zu Vorstandssitzungen getroffen und alles gemacht, was notwendig ist.“ Dabei sei aufgefallen, dass die von der Stadt Hagen veranlasste Artenschutzprüfung bei der Vielzahl und

der Größe der zu prüfenden Windvorrangzonen-Flächen nicht hochwertig sein könne. „Die Stadt Breckerfeld hat für die Prüfung einer Fläche drei Jahre benötigt. In Hagen sind viel mehr Flächen innerhalb eines Jahres geprüft worden. Deshalb bezweifeln wir, dass die Arbeit in Hagen der von Breckerfeld gleichzusetzen ist.“

Am Freitag erhielt die Bürgerinitiative übrigens von der Stadt Hagen die Information, dass das Thema Windenergieanlagen am 24. Februar nicht auf der Tagesordnung des Beschwerdeausschusses stehen wird. Das war der Initiative in der Dezember-Sitzung zugesagt worden.